

# Rundbrief Herbst 2015

## **Liebe Mitglieder und FördererInnen des *BUND* im Kreis Pinneberg,**

einige von Ihnen – diejenigen, von denen wir keine E-Mail-Adresse haben – haben lange nichts mehr von uns gehört, denn wir verschicken Rundbriefe in unregelmäßigen Abständen nicht mehr per Post, sondern per E-Mail. Damit können wir schnell, rationell und kostengünstig auf aktuelle Entwicklungen reagieren. Wir bitten Sie deshalb (diejenigen, die in letzter Zeit keine E-Mails von uns bekommen haben), **uns Ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen.**

Selbstverständlich geben wir Ihre E-Mail-Adresse **nicht weiter**, an Niemanden, ohne Ihr Einverständnis nicht einmal an den *BUND*-Landesverband. Und selbstverständlich erhalten Sie unsere E-Mail-Rundbriefe nur, wenn und so lange Sie dies wollen. Ansonsten verwenden wir Ihre E-Mail-Adresse ausschließlich für die Einladung zur jährlichen Mitgliederversammlung und ggf. für persönliche Mitteilungen.

Bitte schicken Sie Ihre E-Mail-Adresse an Bernd Biggemann: [bb-bund-pi@gmx.de](mailto:bb-bund-pi@gmx.de) oder Tel.: (04121)78658. Teilen Sie uns bitte auch mit, ob wir Ihre E-Mail-Adresse an den *BUND*-Landesverband weitergeben dürfen und ob Sie unsere E-Mail-Rundbriefe erhalten möchten. ***BUND*-Mitgliedern ohne Internetzugang schicken wir gern auch weiterhin Informationen per Post zu.**

Dieser Rundbrief gibt einen Überblick über die Arbeit der *BUND*-Kreisgruppe Pinneberg. Unsere Arbeit wird auch durch Ihre finanzielle Unterstützung ermöglicht. **Danke dafür!** Und natürlich ist jede Form aktiver Mitarbeit immer gern willkommen - auch projektbezogen oder auf Zeit. Bitte geben Sie uns eine Rückmeldung, auch welche weiteren Themen Sie sich wünschen.



Die „Aktiven“ der *BUND*-Kreisgruppe Pinneberg (v.l.n.r.): Bernd Biggemann, Dieter Peters-Kühnel, Renate Rathmann, Katrin Hoyer, Jürgen Dammers, Martin Redepenning, Jürgen Weeske.

## Inhaltsverzeichnis:

1. Regionales Bündnis gegen TTIP & Co. / Busse zur Demo am 10.10. in Berlin	Seite	3
2. Umweltschutz in der Gemeinde - am Beispiel ökologisches Saatgut	Seite	4
3. Molkereiprodukte aus Horst	Seite	4
4. Drei Generationen beim Kopfweidenschnitt im Himmelmoor	Seite	5
5. Hilfen für Wildbienen – Aktion Familientag 28.06.2015	Seite	6
6. Arbeitseinsatz Heeder Tannen am 07.07.2015	Seite	7
7. Mitgliederversammlung & Vortrag „Trinkwasser in SH in Gefahr?“	Seite	8
8. Fracking-Firma türmt / Bürgerinitiative frackingfreies Auenland	Seite	9
9. Entscheidung über die Neuzulassung von Glyphosat	Seite	10
10. Umgang mit Atommüll	Seite	11
11. Stellungnahmen zu Baumaßnahmen / Verfahrensbeteiligung	Seite	11
12. Niederlage für die Gegner der Westumgehung Pinneberg	Seite	12
13. Umzug der Geschäftsstelle	Seite	12
14. Umwelthaus Pinneberg	Seite	13
15. Neuer Landesvorstand / Aufbruchstimmung im Verband	Seite	14
16. Warum wir TTIP, CETA, TISA & Co. ablehnen	Seite	14
17. Protokoll der Mitgliederversammlung am 12.06.2015	Seite	19



## 1. Regionales Bündnis gegen TTIP & Co. / Busse zur Demo am 10.10. in Berlin

**Das Aktuelle zuerst:** Das Bündnis organisiert gemeinsam mit dem DGB Bus-Fahrten zur großen Demo gegen die Handelsabkommen am Sonnabend, 10. Oktober in Berlin.

Abfahrtsorte und -zeiten: Bahnhof (ZOB) Elmshorn: 6:15 Uhr  
 Bahnhof Pinneberg: 6:45 Uhr  
 Bahnhof Wedel: 7:20 Uhr

Bitte beachten: Kurzfristig können sich diese Zeiten noch ändern. Wer sich zur Busfahrt anmeldet, wird natürlich ständig über aktuelle Änderungen informiert.

**Wichtig: Anmelde-/Einsendeschluss für ALLE Anmeldungen ist Mittwoch, der 30.09.2015.**

Gewerkschaftsmitglieder können sich bei ihrer DGB-Gewerkschaft anmelden, alle anderen bei Bernd Biggemann unter [bb-bund-pi@gmx.de](mailto:bb-bund-pi@gmx.de) oder Tel.: 04121/78658. Ein Fahrpreis wird nicht erhoben. Die Organisatoren freuen sich aber über Spenden, die dann in den Bussen eingesammelt werden. Weitere Informationen zur Demo gibt es im *BUND*magazin 3/2015 auf Seite 25.

**Rückblick:** Ende 2014 gründete sich in Elmshorn das Regionale Bündnis gegen TTIP, CETA, TiSA & Co. Beteiligt sind neben der *BUND*-Kreisgruppe Gewerkschaften, Parteien und besorgte Einzelpersonen. Ziel des Bündnisses ist es, durch Veranstaltungen in den Kreisen Pinneberg und Steinburg über die Folgen dieser Handelsabkommen zu informieren. Dabei stehen die Auswirkungen von TTIP und Co. auf den Lebensalltag der Menschen im Mittelpunkt. Das Bündnis tritt ein für eine faire Handelspolitik mit hohen ökologischen und sozialen Standards, die eine nachhaltige Entwicklung fördert und nicht behindert, z.B. durch Beseitigung angeblicher „Handelshindernisse“.



Am 29.04.2015 fand, vom Bündnis organisiert, in der Gaststätte „Im Winkel“ in Elmshorn eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung statt mit dem Titel:

### „ZUKUNFTSMODELL“ KONZERNHERRSCHAFT? AUSLAUFMODELL DEMOKRATIE?

– die Folgen sogenannter „Freihandels“- und „Investitionsschutz“-Abkommen –

Mit rund 90 Besuchern war es die bisher größte Veranstaltung in Elmshorn zu den geplanten Freihandelsabkommen TTIP & Co. Das Interesse der Bevölkerung an den Folgen solcher Abkommen nimmt weiter zu. Gerd Lütjens, gewerkschaftlicher Referent aus Hamburg brachte es auf den Punkt: „Alle Lebensbereiche sind betroffen“. Berit Thomsen, Hamburger Referentin der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), äußerte ihre Besorgnis um die Zukunft der Landwirtschaft: „Wir befürchten, dass durch TTIP die Bauern und Bürger in Europa und den USA nicht mehr selbst bestimmen können, wie sie Landwirtschaft betreiben und was sie essen.“ Und Steffen Stierle, attaché-Referent und wissenschaftlicher Berater aus Berlin, ergänzte: „800 Mio. Menschen sind betroffen“ und „(fast) alles kommt auf den Verhandlungstisch“. Weitere Informationen zu TTIP & Co. in diesem Rundbrief ab Seite 14, auf <http://pinneberg.bund.net/> und bei Bernd Biggemann unter [bb-bund-pi@gmx.de](mailto:bb-bund-pi@gmx.de) oder Tel.: 04121/78658.

## 2. Umweltschutz in der Gemeinde - am Beispiel ökologisches Saatgut

Die Art, wie wir leben und uns ernähren, wie wir produzieren und konsumieren, ist einer der Hauptgründe für den Klimawandel und das Artensterben. Die kritischen Veränderungen der Gewässer, der Böden und der Atmosphäre sind wissenschaftlich nachgewiesen und durch zahlreiche Untersuchungen belegt. Flora und Fauna stehen unter einem enormen Anpassungsdruck, dem viele Organismen nicht gewachsen sind.

Wir als Bürgerinnen und Bürger haben da eine große Verantwortung – insbesondere in unserer Rolle als Konsumenten und Hobbygärtner. Mögen die umweltpolitischen und wirtschaftlichen Bedingungen auch noch so komplex erscheinen, können wir doch etwas für eine positive Wendung tun: Wir müssen es nur wollen und zwar konsequent und nachhaltig.

Diese Gesamtproblematik hat die *BUND*-Kreisgruppe Pinneberg im Oktober 2014 zum Anlass genommen und eine öffentliche Veranstaltung zum Thema ökologisches Saatgut durchgeführt. Jetzt haben wir gemeinsam mit dem *BUND*-Landesverband Schleswig-Holstein zu diesem Themenkomplex eine kleine Broschüre zum Thema „Mit ökologischem Saat- und Pflanzengut naturverträglich Gärtnern“ in Arbeit, die im Herbst 2015 zur Verfügung stehen wird.

In dieser Broschüre wird die ökologische Gesamtproblematik kurz beschrieben und eingeladen, zum Beispiel mit ökologischem Saatgut selbst Verantwortung zu übernehmen.

## 3. Molkereiprodukte aus Horst

Joghurt aus Bayern, Butter aus Irland, Milch vom Arla-Konzern und nur 26 Cent für den Liter Milch für den Milchbauern? Das muss nicht sein, da es doch gute Alternativen in unserer Region gibt – zum Beispiel die Molkereiprodukte der Horster Meierei. Diese traditionelle Meierei in Horst ist im Jahr 2014 auf Initiative von einigen biologischen

Milchviehhaltern in eine Genossenschaft umgewandelt worden. Sie bietet gute regionale Produkte und die wesentlichen Ziele sind die konsequente Weidehaltung des Milchviehs ohne Einsatz von Antibiotika und gentechnikfreies Futter und auch eine faire Bezahlung der Milchviehhalter – nämlich mind. 46 Cent pro Liter Milch.

Einige *BUND*-Mitglieder haben Genossenschaftsanteile erworben und kaufen selbstverständlich regelmäßig die geschmackvollen Molkereiprodukte. Auch das ist gelebter Umweltschutz. Vielleicht können auch Sie sich überlegen, durch eine Genossenschaftsbeteiligung oder den Kauf der Horster Meiereiprodukte regionale bäuerliche Familienbetriebe zu stützen und damit mittelbar gelebten Umweltschutz zu fördern.

Nähere Auskünfte zu den Beiträgen 2. und 3. gibt gerne Dieter Peters-Kühnel ([dieter.peters-kuehnel@posteo.de](mailto:dieter.peters-kuehnel@posteo.de) oder Tel. 04121-81 564).

#### 4. Drei Generationen beim Kopfweidenschnitt im Himmelmoor

Klarer, blauer Himmel und Temperaturen gerade über Null reizten wohl das Ehepaar Bunke aus Quickborn-Heide, diesen schönen Sonnabend im Februar 2015 zu einer Familienaktion zu nutzen und sich damit Material für einen Weidentipi in ihrem Garten zu sichern. Die Kinder und deren Großeltern sowie eine befreundete Familie halfen eifrig dabei. Schließlich mussten sie die Ruten mit der



Astschere von den zum Teil mächtigen Ästen trennen und dann an den Weg schleppen. Die nicht ungefährliche, eigentliche Knochenarbeit hatten schon Tage vorher Hans-Jürgen Raddatz und Katja Erber vom NABU erledigt. Die bis 20 cm dicken Äste hatten sie mit Kettensägen von den Weidenköpfen getrennt, damit die Bäume nicht auseinanderbrechen.

Jetzt schlug die Stunde der Zerleger und Transporteure: Die starken Äste zerteilten sie in ca. 1 m lange Stücke und brachten sie an den Wegrand. Familie Bunke schnitt biegsame Zweige auf Maß, um sie dann in dem Anhänger zu verstauen. Einen großen Teil der Äste schleppten alle gemeinsam an den Wegrand, wo sie das Astwerk aufschichteten für spätere Abholer und als Versteck für Vögel und Kleintiere.

Nach getaner Arbeit das traditionelle Picknick: Bei heißem Tee und Kaffee sowie Schmalzbrotten, aber auch Leckereien der Helfer wärmten sich alle die Finger, schöpften Kraft und genossen den Austausch beim Klönschnack.

Die *BUND* Ortsgruppe Quickborn ist sehr zufrieden und bedankt sich bei allen Beteiligten und spontanen Helfern für ihre Mitarbeit. Besonders gefreut hat sie sich über die Kinder, die mit Dieter Degens Hund ihre Späße trieben.

Alle Interessierten können sich schon den Samstag, 13. Februar 2016 notieren – für den nächsten Formschnitt von ca. sieben Kopfweiden in der Reihe der 50 Exemplare.

Wer noch Weidenmaterial für sich nutzen möchte, darf sich bis Mitte März Schnittholz oder Weidenruten holen.

## 5. Hilfen für Wildbienen – Aktion Familientag 28.06.2015

Traditionell beteiligt sich die *BUND*-Ortsgruppe Quickborn am städtischen Familientag und bietet den Kindern ein Naturschutzthema zum Mitmachen an. Dieses Jahr hatte sich die Gruppe von den Aktionen auf Landesebene (Dank an Birte Pankau!) anregen lassen: Wie können auch schon Kinder Wildbienen helfen?

So sammelte die Ortsgruppe Materialien, zum Bau einfacher Nisthilfen: leere Konservendosen, trockene, hohle Stängel von unterschiedlicher Stärke (Schilf, Bambus, Gartenblumen...).

Dazu schnitt Dieter Degen Kanthölzer zurecht, die die Kinder zu wabenförmigen Rahmen zusammentackerten. Die mit Begeisterung gebauten Nisthilfen konnten die Kinder mitnehmen. Als aufwendig erwies sich die Vorbereitung des theoretischen Teils: Nicht nur den Kindern, sondern auch den Erwachsenen sollte deutlich werden:

**Ohne (Wild)Bienen ist ein Großteil unseres Obstes und Gemüses nicht denkbar.**

Wildbienen brauchen von Februar bis Oktober ein reichhaltiges Angebot an Pollen und Nektar. Eine Vielzahl von verschiedenen Wildbienen und anderen Insekten bestäubt die meisten Blütenpflanzen.

So entwickelte die Ortsgruppe zwei Reihen mit großformatigen Bildern: eine mit verschiedenen Blütenpflanzen in den Monaten Februar bis Oktober und eine mit unterschiedlichen bestäubenden Insekten, vorwiegend Wildbienen. Die Bedeutung der (Wild)Bienen zeigten zwei Bilder von einer Obst- und Gemüseauslage. Bild 1 präsentierte das komplette Angebot, in Bild 2 fehlten alle Früchte, die sich nur nach Bestäubung von Insekten entwickeln. Wenn die Kinder dann mindestens zehn der bienenbestäubten Obst- und Gemüsesorten bestimmen konnten, durften sie sich kleine Geschenke aussuchen: Samentüten, Lesezeichen etc.

Weitere Auskünfte: Jürgen Dammers, 04106-67386, [jjdammers@t-online.de](mailto:jjdammers@t-online.de).



Stand der *BUND*-Ortsgruppe Quickborn auf dem Familientag

Viele Erwachsene ließen sich die Bildreihen erklären und nahmen Broschüren zum Thema Wildbienen oder gern auch Samentüten und Sämlinge (Karde, Wiesensalbei, Odermennig, Geflecktes Lungenkraut) für ihren Garten mit nach Hause.

Besucher des *BUND*-Standes füllten auch Postkarten an die Verwaltung der Stadt Quickborn aus mit der Anregung, sich an dem Wettbewerb „Bienenfreundlichste Kommune in Schleswig-Holstein“ zu beteiligen.

Die *BUND*-Ortsgruppe Quickborn, die vom NABU und dem Imkerverband De Immen unterstützt wurde, war mit dieser Veranstaltung sehr zufrieden und empfiehlt anderen Orts- und Kreisgruppen ähnliche Vorhaben.

Wer sich für die Materialien, besonders die Bildreihen interessiert, wende sich an Jürgen Dammers, 04106-67386, [jjdammers@t-online.de](mailto:jjdammers@t-online.de).

## 6. Arbeitseinsatz Heeder Tannen am 07.07.2015

Das Waldgrundstück *BUND*-Kreisgruppe in den Heeder Tannen wird nicht wirtschaftlich genutzt. Abgestorbene Bäume bleiben so lange stehen, bis sie von selbst umfallen und dann als liegendes Totholz weiterhin eine ökologische Funktion erfüllen.

Lediglich in den Randbereichen wird eingegriffen, um zu verhindern, dass abgestorbene Bäume auf die Wege stürzen. So haben wir am 07.07.2015 zwei trockene Stämme mit Neigung zu einem Weg abgesägt. Außerdem haben wir am nördlichen

Rand, der an eine Pferdekoppel grenzt, sowie auf einem Teil der Schneise am östlichen Rand einige Exemplare des Jakobs-Kreuzkrauts entfernt. Im dichten Wald ist die Pflanze nicht zu finden. Das Jakobs-Kreuzkraut sorgt alljährlich in den Sommermonaten für Schlagzeilen, da es wegen seines Gehalts an Pyrrolizidinalkaloiden auf landwirtschaftlich genutzten Grünlandflächen eine potenzielle Gefahr für Nutztiere darstellt. Andererseits hat es für viele Insektenarten eine wichtige Bedeutung als **heimische** Nahrungs- und Habitatpflanze. Alle Pflanzen in mehr als etwa 7 - 8 m Abstand von der Pferdekoppel haben wir deshalb stehen lassen.



Blutbär-Raupe auf Jakobs-Kreuzkraut  
Foto: Martin Redepenning

Weitere Informationen gibt es in einer Broschüre des LLUR: „Umgang mit dem Jakobs-Kreuzkraut – Meiden - Dulden – Bekämpfen“ sowie im *BUND*magazin 3/2015, 2. SH-Seite.

## 7. Mitgliederversammlung mit Fachvortrag „Trinkwasser in Schleswig-Holstein in Gefahr?“ am 12.06.2015

Für den Fachvortrag im Pinneberger VfL-Heim konnten wir Herrn Dr. Dieter Perdelwitz, Geschäftsführer des Verbandes der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft (VSHEW) als kompetenten Referenten gewinnen. Er wies in seinem Vortrag darauf hin, dass die Trinkwasser-Versorger zunehmenden Schadstoffbelastungen des Grundwassers mit immer aufwendigeren Aufbereitungs- und Filtertechniken begegnen, die aber irgendwann an ihre Grenzen stoßen. Für einige Schadstoffe wie Antibiotika, die hauptsächlich über die Gülle das Grundwasser belasten können, steht derzeit noch keine Filter-Technik zur Verfügung. Gülle, Mineraldüngung und – seit etwa 15 Jahren neu hinzugekommen – Gärreste aus Biogasanlagen sind Ursachen für hohe Nitratbelastungen. Eine weitere Gefahr: Fracking und Geothermie-Bohrungen.

Nach dem Vortrag entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Mindestens in einem Punkt waren sich Zuhörer, Referent und Veranstalter einig: Die fortschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft – verursacht u.a. durch eine verfehlte Agrarpolitik sowie Preisdiktate der Lebensmittelketten und Discounter – hat einen erheblichen Anteil an den Belastungen, denen das Grundwasser zunehmend ausgesetzt ist. Weitere Informationen gibt es auf unserer Internetseite: <http://pinneberg.bund.net/>.

Im Anschluss fand unsere jährliche Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung = JHV) statt. Das Protokoll der JHV finden Sie in diesem Rundbrief ab Seite 19.

## 8. Fracking-Firma türmt / Bürgerinitiative frackingfreies Auenland

Am 29. Juli überraschte uns die Nachricht, dass PRD Energy, das Unternehmen, das die Erlaubnis zur „Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen“ für die Felder Elmshorn und Bramstedt erhalten hatte, alle Aktivitäten in Deutschland beendet und das Büro in Berlin zum 31. August 2015 auflöst. Als Gründe wurden u.a. genannt: Der drastische Rückgang des Weltmarktpreises für Erdöl, die Erhöhung der Förderabgabe für Erdöl von 21 auf 40 % durch die Landesregierung und die Zurückhaltung der Behörden, (laxe) nordamerikanische Bohr- und Betriebspraktiken (z.B. beim Fracking) zu genehmigen. Doch sind das die wahren Gründe? Wir glauben das nicht! Die wahren Gründe scheinen uns vielmehr die Schilder (rechts) zu sein, die seit Kurzem überall in der Landschaft herumstehen, z.B. in Brande-Hörnerkirchen, Luthorn und Barmstedt. Beim Anblick dieser Schilder sind die MitarbeiterInnen der Firma offensichtlich derart in Panik geraten, dass diese Deutschland nun fluchtartig verlässt.



Genug der Ironie. Natürlich freuen wir uns über den Abzug von PRD Energy. Wir sollten jedoch nicht davon ausgehen, dass damit das Thema „Fracking“ für Schleswig-Holstein erledigt ist. Spätestens wenn der Ölpreis wieder steigt, könnten sich andere Unternehmen erneut um Aufsuchungserlaubnisse bewerben. Solange Fracking zur Förderung von Kohlenwasserstoffen nicht durch ein Bundesgesetz ausgeschlossen wird, müssen wir wachsam bleiben. TTIP & CETA könnten zudem dafür sorgen, dass sich Energiekonzerne Fracking-Erlaubnisse einklagen können. Auch die Förderabgabe von 40 % ist nicht in Stein gemeißelt. Die Lobbyisten der fossilen Energieträger sind sicherlich schon dabei, PolitikerInnen zu bedrängen, sie wieder zu senken.

**Rückblick:** Am 5. August 2014 wurde in Brande-Hörnerkirchen die Bürgerinitiative (BI) „Frackingfreies Auenland“ gegründet. Bei den vielfältigen Aktivitäten der BI wie Info-Veranstaltungen, Pressemitteilungen, der Beteiligung an der Kampagne „frackingfreie Gemeinden“ und einer Sternfahrt zu einer Aktion in Brande-Hörnerkirchen am 11.10.2014 (s. *BUND*magazin 4/2014, SH-Teil), haben auch wir mitgewirkt.

Später wurden auch Regionalgruppen der BI gegründet. Eine davon: Die Regionalgruppe Horst/Elmshorn. Sie trifft sich an jedem 1. Montag im Monat um 20:00 Uhr im Hof Dannwisch, Dannwisch 1, 25358 Horst. Weitere Informationen auf unserer Internetseite und bei Bernd Biggemann.



## 9. Entscheidung über die Neuzulassung von Glyphosat

Am 24.9.2013 hatten wir in die Pinneberger Drostei zu einer Vortragsveranstaltung mit dem Thema „**Wie belastet ist unser Essen wirklich? Führen uns Industrie und Behörden hinters Licht?**“ eingeladen. Unser Bundesvorsitzender Prof. Dr. Hubert Weiger referierte am Beispiel von Glyphosat über Risiken durch Pestizide für Mensch, Tier und Umwelt. Mehr als 100 Interessierte nahmen an der Veranstaltung teil.

Im Vorfeld hatten 18 Personen aus dem Kreis Pinneberg Urinproben auf Glyphosat-Rückstände untersuchen lassen. Das Ergebnis und weitere Informationen sind auf der Unterseite „Pestizide“ unserer Internetseite zu finden.

Inzwischen gibt es zahlreiche weitere Hinweise auf die Gefährlichkeit des Pestizids. Im Frühjahr hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft. Jetzt warnt die WHO, dass es auch das Erbgut schädigt.

Derzeit befasst sich die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) mit einer Neuzulassung von Glyphosat, denn die bisherige Zulassung läuft Ende 2015 aus. „Berichterstatte“ für Glyphosat gegenüber der EFSA ist das (deutsche) Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR). Und das ignoriert konsequent alle Warnungen. Kein Wunder: Von 12 Mitgliedern der BfR-Kommission für Pflanzenschutzmittel sind 2 Mitarbeiterinnen von BASF und 1 Mitarbeiter von Bayer CropScience. Von der EFSA ist ebenfalls nicht zu erwarten, dass sie Warnungen ernst nimmt. Sie setzte eine 18-köpfige Arbeitsgruppe ein, um eine Stellungnahme zum Thema zu erarbeiten. 8 der Mitglieder haben Verbindungen zur Industrie. So muss derzeit davon ausgegangen werden, dass das Pestizid für weitere 10 Jahre zugelassen wird. Denn auch bei der EU-Kommission, die letztendlich entscheidet, kann man nicht darauf bauen, dass sie Belange des Verbraucher- und Umweltschutzes höher bewertet als die Wünsche der Agrokonzerne, die mit Glyphosat weiterhin Geld verdienen wollen.

Die nächste Überprüfung der Zulassung würde dann Ende 2025 anstehen. Ob dann ein Verbot ohne das Risiko einer ISDS-Klage (s. S. 16/17) überhaupt noch möglich sein wird, hängt davon ab, ob es gelingt TTIP, CETA, TiSA und Co. zu verhindern.

Im Internet gibt es mehrere Aktionen gegen die Neuzulassung von Glyphosat, z.B.: [https://www.bund.net/aktiv\\_werden/aktionen/glyphosat\\_verbieten/jetzt\\_mitmachen/](https://www.bund.net/aktiv_werden/aktionen/glyphosat_verbieten/jetzt_mitmachen/), <https://www.umweltinstitut.org/> und <https://www.foodwatch.org/>

Weitere Auskünfte:

Martin Redepenning,  
[martin.redepenning@alice.de](mailto:martin.redepenning@alice.de)

oder Bernd Biggemann  
[bb-bund-pi@gmx.de](mailto:bb-bund-pi@gmx.de)



## 10. Umgang mit Atommüll

Wie mit radioaktiv belastetem Material umgegangen wird, das beim Abriss - elegant Rückbau genannt - von AKWs frei wird, ist umstritten. Im *BUND*magazin 2/2015, SH-Teil Seite 4, ist die Problematik gut dargestellt.

Gemeinsam mit der Anti-Atom-Initiative im Kreis Pinneberg, der BI Brokdorf-akut und der *BUND*-Kreisgruppe Steinburg haben wir zur Veranstaltung „Atommüll – Wohin damit?“ am 11.3.15 im Elmshorner Rathaus eingeladen, über die die Regionalpresse ausführlich berichtete (<http://www.shz.de/lokales/pinneberger-tageblatt/diskussion-wohin-mit-dem-radioaktiven-muell-id9193406.html>).

Wir unterstützten die Teilnahme der KG Steinburg am Erörterungstermin Anfang Juli, bei dem es um die Verpflichtungen von Vattenfall beim Rückbau des AKW Brunsbüttel ging.

## 11. Stellungnahmen zu Baumaßnahmen / Verfahrensbeteiligung

*BUND*-Mitglieder können sich in aktuelle Planungen vor Ort einbringen. Der *BUND* Schleswig-Holstein ist vom Umweltministerium seit 1988 gemäß §63 des Bundesnaturschutzgesetzes als einer derjenigen Naturschutzverbände anerkannt, die bei Planungsverfahren unbedingt beteiligt und angehört werden müssen. Für naturschutzrechtliche Verfahren gibt es seit einigen Jahren sogar eine Klagebefugnis (Verbandsklage), wie zum Beispiel bei der Planung zur A 20.

Gut 60 Planverfahren aus dem Kreis Pinneberg waren es allein in der ersten Jahreshälfte 2015. Wir nahmen und nehmen Stellung zum Beispiel bei der Ausweisung oder Änderung von Bauleitplänen, Landschaftsplänen, zu Landschaftsschutzgebieten, Straßenbauplänen, Erstellung von Regenrückhaltebecken, Grabenerweiterungen, Verkehrsentwicklungsplanung und Flurbereinigungsverfahren. Besondere Verfahren waren in diesem Jahr die Planung eines Friedwaldes in einem Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Gebiet, einem Schutzgebiet mit besonderer Bedeutung, und die Erweiterung der Biogasanlage in Tornesch.

Wir Ehrenamtliche vom *BUND* schreiben Einwände, geben Hinweise und holen uns bei Bedarf die fachliche Unterstützung von Rechtsanwälten, wie zum Beispiel bei der Planung zur A 20. Es wird etliches „weggewogen“ und einiges angenommen. Die Gemeinden haben Planungshoheit. Sie können aber müssen unseren Rat und unsere Kritik nicht annehmen. Und dennoch, zumindest bei einigen Änderungen von Bauleitplänen, Satzungen etc. kann „der *BUND*“ etwas bewirken: für den Boden, das Landschaftsbild, die Luft und das Wasser, für großes und kleines Grünzeug, für alles, was da krecht und fleucht, inklusive der derzeit und in Zukunft lebenden Menschen. Es braucht schon eine gewisse Portion an Frustration für diese Aufgabe. Einige Städte und Gemeinden scheinen eher ihre Steuereinnahmen als Lebensqualität oder

gar Umweltschutz im Sinn zu haben, wenn es ums Planen geht. Da wird gern ein großes Bauprojekt in viele kleine zerlegt, um sonst fällige Umweltverträglichkeitsprüfungen und Gutachten zu umgehen. Die Natur und unser Umfeld geht zugunsten von Beton in den Ausverkauf. Ausgleichsmaßnahmen verschiebt man auf den St. Nimmerleins-Tag, auf ein nebulöses Umweltkonto. Die Liste ließe sich nahezu endlos fortsetzen. Und immer wieder steht „der Bürger“ fassungslos vor vollendeten Tatsachen, hat nichts gewusst, keinen Beitrag im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens geleistet - und regt sich auf. Warum haben die Naturschutzverbände da nichts getan, das ist doch schließlich ihre Aufgabe!

Unsere Arbeit ist ehrenamtlich, d.h. sie findet statt, so wie es Beruf, Familie, Kraft und Zeit zulassen. Wir sind ganz normale Menschen, die diese Arbeit leisten, so normal wie „der Bürger“ auch. Nur ist „der Bürger“ oft dichter dran, kann vor seinem Bürgermeister/ seiner Bürgermeisterin, seinem Gemeinderat auch „mit einer Fahne wedeln“ - und viele Fahnen machen ganz schön Wind!

Es geht um uns, unsere Nachkommen und unser unmittelbares Lebensumfeld. Wir freuen uns auf Sie, wenn Sie mitmachen und Ihr Wissen und Ihre Wünsche, wie Sie künftig leben wollen, kundtun.

## **12. Niederlage für die Gegner der Westumgehung Pinneberg**

In diesem Jahr wurde mit den Baumaßnahmen des letzten Teils der Westumgehung begonnen. Umfangreiche Baumfällungen sowie die Zerstörung grüner Flächen, insgesamt eines schönen Naherholungsgebietes, konnten beobachtet werden.

Wir haben zusammen mit Anrainern lange auf juristischem Wege versucht, diese Zerstörung zu verhindern, leider ohne Erfolg. Viele Mitglieder hatten sich an dem Zustandekommen unseres „Klagekontos Westumgehung“ beteiligt, mit dem wir unsere Beteiligung am Rechtsweg finanziell absichern mussten. Dieses Konto wurde nun 2014 aufgelöst und ein Großteil des Geldes wurde den EinzahlerInnen erstattet.

## **13. Umzug der Geschäftsstelle**

Schön war es in unserer letzten Geschäftsstelle im Elmshorner Flamweg, Ecke Lornsenstraße: ein Sitzungszimmer, ein Lager, schöne Büroräume – die nach dem unerwarteten Tod von unserer Sybille nicht mehr besetzt waren. Das Sitzungszimmer wurde nur zu den *BUND*-Kreisgruppensitzungen genutzt. Auch die Räume des NABU, der mit uns von der Elmshorner Volkshochschule in den Flamweg gezogen war, waren die meiste Zeit verwaist. Kurz: Kosten und Nutzen standen in keinem Verhältnis zueinander. Neue Räume mussten her! Der NABU war dabei nicht mehr mit von der Partie. Aber wohin?

Wie gut, dass Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, meist auf mehreren Hochzeiten tanzen. So auch Dieter Peters-Kühnel. Er nahm Kontakt zur Elmshorner Brücke auf. Die Brücke ist ein gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von direkt oder indirekt von psychischen Erkrankungen betroffenen Menschen. Eines der Brücke-Projekte ist die Spielzeugsbörse. Gebrauchtes Spielzeug wird aufgekauft, aufgearbeitet und kann dann in einem kleinen Laden in der Gerberstraße 26 für vergleichsweise geringes Geld erworben werden. Und bei der Spielzeugsbörse gab es tatsächlich zwei freie Räume für uns! Ein Raum für unsere Materialien und ein Sitzungszimmer mit genügend Wandfläche für die Regale mit den Akten. Der Weg zur monatlichen Kreisgruppen-Sitzung führt nun vorbei an Teddys, Brettspielen und andern netten Kleinigkeiten.

## 14. Umwelthaus Pinneberg

Neuigkeiten aus dem Partnerverband Umwelthaus Pinneberg e.V.: ... Häusle bauen!  
Auf dem Grundstück Tangstedter Straße 101, Rellingen – dem als „Entdeckergarten“ gemeinsam genutzten Gelände von Trifolia Pflanzenkulturen und dem Umwelthaus Pinneberg e.V. – entsteht derzeit ein Haus.



Nein, es handelt sich dabei nicht um eine hochherrschaftliche Erweiterung des Hühnerstalls, auch wenn es bei unserem Leasing-Hühnerprojekt eine Warteliste für die Interessenten gibt. Das Haus wird den Gästen des Entdeckergartens wettergeschützter Veranstaltungs- und Aufenthaltsort sein. Verregneten Sommern bieten wir damit zukünftig ebenso gelassen die Stirn wie ungemütlichem Winterwetter. Schauen' Sie gern einmal vorbei! [www.umwelthaus-pinneberg.de](http://www.umwelthaus-pinneberg.de)  
Entdeckergarten, Tangstedter Straße 101, 25462 Rellingen

## 15. Neuer Landesvorstand / Aufbruchstimmung im Verband

Nach einer Vertrauenskrise im Landesverband war im Juni 2014 ein neuer Vorstand gewählt worden und es wurden neue Strukturen in der sachlichen Arbeit des Verbandes geschaffen; diese ermöglichen demokratische Entscheidungsprozesse. Gerne zitieren wir hierzu aus dem *BUNDMagazin* 1/2015, SH-Teil: „Der Landesvorstand sieht Aufbruchstimmung im Verband: Es treten Mitglieder ein, es engagieren sich neue Aktive, es werden neue Ideen eingebracht und es herrscht ein freundschaftliches Miteinander. Kurz gesagt: Es weht ein frischer Wind durch den Verband!“

Drei Mitglieder unseres Kreisgruppenvorstands beteiligen sich an der Verbandsarbeit auf Landesebene: Jürgen Dammers, der bereits sehr lange im Arbeitskreis Naturschutz mitarbeitet, Martin Redepenning, der in den Ausschuss für Natur- und Umweltpolitik gewählt wurde, und Dieter Peters-Kühnel, der nun die Kreisgruppe Pinneberg im landesweiten Verbandsrat vertritt.

## 16. Warum wir TTIP, CETA, TiSA & Co. ablehnen

Es war eine Kreisgruppensitzung Ende 2013. Martin verteilte die Kopie eines Artikels in der deutschen Ausgabe von **LE MONDE** *diplomatique* mit dem Titel „**TAFTA / TTIP – die große Unterwerfung**“ (noch immer unter <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2013/11/08/a0003.text> verfügbar). Der Artikel lag dann ein paar Wochen bei mir ´rum, bis ich durch irgendein Ereignis erneut auf TTIP aufmerksam wurde. Das war der Anlass, ihn endlich ´mal zu lesen.

Als politisch interessierter Mensch bin ich ja einiges gewohnt, was die Bereitschaft von PolitikerInnen betrifft, Lobbyistenwünsche zu erfüllen, und darüber ihren Auftrag, als „Repräsentanten“ den Willen ihrer WählerInnen zu vertreten, zu vergessen. Was ich dann aber las, verschlug mir fast den Atem angesichts der Erkenntnis, wie vollständig sich die „politischen Eliten“ bereits zu Marionetten von transnationalen Konzernen, Banken und sonstigen „Investoren“ reduziert haben. So heißt es bspw. in dem Verhandlungsmandat, das die Regierungen der EU-Länder (die deutsche übrigens ohne Zustimmung des Bundestages) der EU-Kommission erteilt haben, dass Investoren durch TTIP „das höchstmögliche Maß an Rechtsschutz und Rechtsicherheit“ zu gewährleisten ist. Das bedeutet z.B., dass ein Unternehmen einen Staat erfolgreich vor einem Schiedsgericht auf dauerhafte Zahlung von Subventionen verklagen kann mit der Begründung, es hätte ja schließlich die Subvention einmal erhalten und darauf seine Gewinnerwartung gestützt (Fall Micula gegen Rumänien, <http://www.zeit.de/2014/47/schiedsgerichte-steuerzahler>).

Neben TTIP (EU – USA) strebt die EU eine Reihe weiterer internationaler Handelsabkommen an wie CETA (EU – Kanada, bereits ausgehandelt aber noch nicht in Kraft) sowie das Dienstleistungsabkommen TiSA (EU und 22 weitere Staaten). Dabei sind

sich alle Beteiligten ganz offensichtlich bewusst, dass sie gegen die Interessen der Bevölkerung handeln, denn verhandelt wird hinter dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger, dafür unter intensiver Beteiligung der Unternehmensverbände und -lobbyisten. Ziel aller dieser Abkommen: „**Handelshemmnisse**“ beseitigen. „Handelshemmnisse“ sind für Konzerne alles, was nicht ihrem wirtschaftlichen Profit dient. Dazu gehören Einfuhrzölle und unterschiedliche Produktionsnormen diesseits und jenseits des Atlantiks. Dazu gehören aber auch unsere **hart erkämpften Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards**, Regelungen und Kennzeichnungspflichten für Lebensmittel (einschließlich Gen-Nahrung, Hormon-Fleisch etc.), Regelungen zu Grenzwerten von Schadstoffemissionen, zur Ausbeutung von Rohstoffen und zum Umgang mit teilweise giftigen und/oder gefährlichen Substanzen wie bspw. Chemikalien und Nanopartikeln (sogenannte „sensible“ Standards). Dazu gehören unsere staatlich organisierte Daseinsvorsorge und unsere öffentliche Kulturförderung. Mit der Beseitigung solcher „Handelshemmnisse“ wird ein Stück Lebensqualität geopfert – zugunsten zusätzlicher Gewinne für die Konzerne.

Zu den wichtigsten Zielen der Abkommen gehört die „**Harmonisierung**“ von Standards innerhalb der Freihandelszone. Eine „Harmonisierung“ der zumeist niedrigeren Standards der USA mit denen der EU ist aber nicht möglich, ohne sie in der EU zu senken, es sei denn, man ginge davon aus, die USA wären bereit, sie auf das Niveau der EU anzuheben. Das wird jedoch von den USA strikt abgelehnt, denn sie erhoffen sich ja neue Absatzchancen in der EU für Hormonfleisch, gentechnisch veränderte Produkte wie Lebensmittel, Saatgut und vieles andere mehr. Das weiß auch die EU-Kommission (sollte sie zumindest wissen). Wenn sie also behauptet, die oben genannten „sensiblen“ Standards seien nicht Gegenstand der TTIP-Verhandlungen, betreibt sie damit eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit.

Wo eine „Harmonisierung“ nicht gelingt, soll es eine „**gegenseitige Anerkennung**“ von Standards geben. Das würde in Bezug auf Hormonfleisch (als Beispiel) bedeuten, dass zwar Hormone als Masthilfe in der EU weiterhin nicht zugelassen wären, dass aber amerikanisches Hormonfleisch bei uns verkauft werden dürfte. Und wenn es nach dem Willen des NPPC (National Pork Producers Council, USA) geht, ohne Kennzeichnung. Übrigens: Dieser Verband der US-Schweinemäster fordert die Zulassung von Hormonfleisch in der EU mit der Begründung, dass jeder selbst entscheiden können soll, was er kaufen und essen will, lehnt aber eine Kennzeichnungspflicht ab. Der Widerspruch, der darin steckt, wird entweder nicht erkannt oder dumm-dreist geleugnet.

Selbst **Einfuhrzölle** gilt es zu erhalten, denn damit haben Staaten eine Möglichkeit, regulierend ins Handelsgeschehen einzugreifen, z.B. durch Zölle auf Produkte, die unter hohen Umweltbelastungen sowie unter Missachtung von Arbeitnehmer- und/oder Menschenrechten erzeugt werden (wenn schon Importverbote in solchen Fällen meistens nicht durchsetzbar sind).

Konzerne wie Nestlé, Veolia etc. streben an, sich die gesamte **Wasserversorgung** einzuverleiben, um daran kräftig zu verdienen. TTIP, CETA und TiSA sehen vor, dass alles, was nicht auf einer speziellen Liste steht, liberalisiert werden und in einem Wettbewerbsverfahren ausgeschrieben werden muss. Damit stünde unsere gesamte Daseinsvorsorge zum Verkauf – im Zweifel auch unser Wasser. Immer mehr Kommunen und auch Staaten haben in den vergangenen Jahren versucht, den teuren Irrweg der Privatisierung rückgängig zu machen und ihre Unternehmen wieder zurück zu kaufen (Rekommunalisierung). Berlin und Paris bspw. haben ihre Wasserbetriebe zurückgekauft. Die Handelsabkommen versuchen Regelungen festzulegen, wonach einmal erfolgte Privatisierungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können: einmal privatisiert, immer privatisiert, heiße es dann (sogenannte Ratchet-Klausel).

Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 ist zu einem großen Teil Folge einer **Deregulierung der Finanzmärkte**. Hat die Politik daraus gelernt? Nein! Mit den Handelsabkommen wird angestrebt, den transatlantischen Markt für Finanzdienstleistungen weiter zu liberalisieren und damit auch in diesem Bereich „Handelshemmnisse“ abzubauen. Laut Verhandlungsmandat darf es keine Finanzregulierung „belastender als nötig“ geben.

Nichts einzuwenden ist lediglich gegen die Angleichung einiger unterschiedlicher technischer Produktionsnormen (sogenannte technische Handelshemmnisse, TBT, die als „unsensibel“ gelten). Dafür braucht es aber weder TTIP noch CETA noch TiSA.

Der in den Handelsabkommen enthaltene **Investitionsschutz** ermöglicht es Konzernen und Banken, durch Klagen (Investor-Staats-Schiedsverfahren, ISDS) oder Androhung von Klagen vor geheimen und privaten Schiedsgerichten unliebsame demokratische Entscheidungen zu bekämpfen. Bei solchen Klagen geht es meistens um zwei- bis vierstelligen Millionensummen als „Schadensersatz“ für erwartete, aber aufgrund einer staatlichen Regulierung nicht realisierbarer Gewinne. Beispiel: Auf Grundlage eines 1974 verabschiedeten Investitionsschutzabkommens verklagt der französische Konzern Veolia Ägypten wegen der Erhöhung des Mindestlohns auf 72 € im Monat auf „Schadensersatz“ in Höhe von 82 Mio. US\$. Wenn TTIP oder CETA bereits in Kraft wären, könnten z.B. Agrokonzerne wie Monsanto Deutschland und andere EU-Länder im Falle von Pestizid-Anwendungsbeschränkungen (z.B. eines Glyphosatverbots) verklagen. In der Mehrzahl der Fälle werden aber wahrscheinlich schon Drohungen mit Klagen dazu führen, dass unsere „VolksvertreterInnen“ den „Empfehlungen“ von Konzernen und Banken folgen. Oder Gesetzesvorhaben werden im zukünftigen sogenannten „**Rat für regulatorische Kooperation**“ (Regulatory Cooperation Council, RCC) den Wünschen von Lobbyisten angepasst, schon bevor sie überhaupt den Parlamenten vorgelegt wurden. Von solchen Fällen politischer Selbstzensur wird vermutlich die Öffentlichkeit nie etwas erfahren. Sie kann dann nur zur Kenntnis nehmen, dass sich politische Entscheidungen noch weniger als jetzt schon am Allgemeinwohl orientieren. Das wäre die endgültige Substitution letzter Rudimente eines Primats der Politik durch ein Diktat von Konzernen und Banken.

Wenn aber Parlamente reduziert werden auf eine Abnickertruppe für zwischen Regierungen und „Investoren“ ausgeheckte Entscheidungen, dann sind sie eigentlich überflüssig. Insofern ist es kaum begreiflich, dass offensichtlich eine Mehrheit der ParlamentarierInnen in Deutschland und der EU bereit ist, den Handelsabkommen zuzustimmen, auch wenn einige von ihnen noch gewisse Probleme mit den Schiedsgerichten haben. Doch selbst wenn Schiedsgerichte durch „Handelsgerichte“ ersetzt würden, wäre das nur eine kosmetische Änderung. Entscheidend ist, dass **einseitig** Konzerne Staaten, nicht aber Staaten Konzerne verklagen können. Anders formuliert: Wenn Konzerne erwartete Gewinne nicht realisieren können, weil sie durch verantwortungsloses Handeln erzielt werden sollten, ihnen aber eine staatliche Regulierung dies verbietet, können sie auf „Schadensersatz“ klagen. Staaten haben dagegen keine Möglichkeit, Konzerne auf Schadensersatz z.B. für angerichtete Umwelt- und Klimaschäden oder für Verstöße gegen Menschenrechte zu verklagen. Mit diesen einseitigen Sonderklagerechten für Investoren machen sich die EU-Staaten freiwillig zu Opfern von Erpressungen, gegen die sie sich kaum noch wehren können, wenn TTIP, CETA, TISA & Co. erst einmal in Kraft sind. Selbst im Falle einer Kündigung eines Abkommens bleibt der Investitionsschutz und damit das Erpressungspotential 20 Jahre lang erhalten.

Insbesondere in den USA gibt es auf **ISDS-Verfahren spezialisierte Anwaltskanzleien**, die gezielt Konzerne ermuntern, Investitionsschutzabkommen zu „nutzen“, um Staaten zu verklagen. Ist die Klage erfolgreich, erhalten diese Kanzleien einen großen Teil der Schadensersatzsumme. Das ist zu einem äußerst lukrativen Geschäftsmodell in den USA geworden. Lehnt ein Konzernmanagement eine von einer Kanzlei „vorgeschlagene“ Klage ab, kann es in Erklärungsnoté gegenüber den Shareholdern geraten, denn es ist ihnen gegenüber zur Gewinnmaximierung verpflichtet. Dabei spielt es keine Rolle, wie die Gewinne erzielt werden, ob durch Kostensenkungen beim Personal, beim Umweltschutz, durch Steuervermeidungstricks etc. oder aber durch Einnahmensteigerungen, z.B. indem staatliche Subventionen abgegriffen werden sowie eben auch durch ISDS-Klagen. Eine Grenze bei der Wahl der Mittel zur Gewinnmaximierung wird den Unternehmen nur durch mögliche Umsatzeinbußen als Folge von Imageverlusten gesetzt. Ansonsten gehört es nicht zu den Unternehmenszielen, eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen. Dies wäre eigentlich die Aufgabe der Politik, der sie aber nicht mehr nachkommen kann, wenn sie die Macht an „Investoren“ abgibt.

Beispiel für **Erpressungen** eines Staates durch Konzerne bzw. durch auf ISDS spezialisierte Kanzleien: „Fünf Jahre nach Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen Mexiko, Kanada und den USA (North American Free Trade Agreement – NAFTA), ... beschrieb ein kanadischer Regierungsbeamter die Auswirkungen wie folgt: *„Bei beinahe jeder neuen umweltpolitischen Maßnahme gab es von Kanzleien aus New York und Washington Briefe an die kanadische Regierung. Da ging es um chemische Reinigung, Medikamente, Pestizide, Patentrecht. Nahezu jede neue Initiative wurde ins Visier genommen, und die meisten haben nie das Licht der Welt erblickt.“* (Greider 2001).

Tatsächlich nutzen Unternehmen internationale Investitionsabkommen heute immer häufiger als Waffe in politischen Auseinandersetzungen, um strengere Regulierungen zu verhindern.“ Quelle: Eine transatlantische Verfassung der Konzerne? - Peter Fuchs & Pia Eberhardt, <http://power-shift.de/?p=2461>.

Wir glauben auch nicht an das **Märchen vom „Wachstums- und Beschäftigungswunder“** durch Freihandelsabkommen. Das 1994 in Kraft getretene NAFTA-Abkommen hat nicht – wie versprochen – Arbeitsplätze geschaffen, sondern in den USA 700.000 vernichtet. Ein Teil davon ist nach Mexiko abgewandert, denn dort lassen sich ArbeiterInnen leichter ausbeuten. Leider sind aber dadurch in Mexiko viel weniger Stellen geschaffen worden, als zugleich in der Landwirtschaft verschwanden, so dass auch dort per Saldo durch NAFTA Arbeitsplätze vernichtet wurden (<http://www.taz.de/!5051711/>). Erhebliche wirtschaftliche Nachteile drohen auch Europa durch TTIP, CETA, TiSA & Co. Während von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studien minimale wirtschaftliche Vorteile prognostizieren, kommt eine unabhängige Studie der Tufts University in Massachusetts zu einem ganz anderen Ergebnis: Rund 600.000 mehr Arbeitslose in Europa und Einkommensverluste bis zu 5.000 Euro pro Person (<http://www.attac-netzwerk.de/ag-welthandelwto/neuigkeiten/> 14.11.14).

Wenn aber sogar in wirtschaftlicher Hinsicht mehr Nachteile als Vorteile durch TTIP, CETA, TiSA & Co. zu erwarten sind, warum wollen dann Bundesregierung, EU-Kommission, CDU und SPD (Bundestag), EVP und Sozialdemokraten (EU-Parlament) diese Abkommen um jeden Preis gegen alle Widerstände durchsetzen? Die Frage können wir nicht beantworten. Aber auch in diesem Zusammenhang könnte man wieder die Frage stellen, was der Mehrheit unserer „VolksvertreterInnen“ wichtiger ist, das Allgemeinwohl oder die Erfüllung der Wünsche von Lobbyisten?

Seit Oktober 2014 läuft die **Selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative** (SEBI) gegen TTIP und CETA. Das EBI-Bündnis „Stop TTIP“ – ein europaweites Bündnis aus 250 Organisationen – hatte zuvor eine offizielle Europäische Bürgerinitiative (EBI) beantragt, die aber von der EU-Kommission abgelehnt wurde. Gegen die Ablehnung läuft eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Auf eine Entscheidung des EuGH wollte das Bündnis jedoch nicht warten und hat deshalb die SEBI gestartet. Sie wurde inzwischen von mehr als 2,5 Mio. Menschen unterzeichnet (<https://stop-ttip.org/de/>).

Andere Länder haben bereits Abkommen wie TTIP, CETA, TiSA & Co. und leiden unter deren Folgen, z.B. in Form von ISDS-Klagen. Auf dieser Seite wurden 23 Klagen gesammelt: <http://wolf-im-freihandelspelz.tumblr.com/>

Weitere Informationen: <http://www.ich-bin-ein-handelshemmnis.de/worum-geht-es/> (von dieser Internetseite, die auch zahlreiche weiterführende Links enthält, haben wir in dem Text oben auszugsweise zitiert) sowie auf unserer Internetseite (<http://pinneberg.bund.net/>) und bei Bernd Biggemann unter [bb-bund-pi@gmx.de](mailto:bb-bund-pi@gmx.de) oder Tel.: 04121/78658.

## 17. Protokoll der Jahreshauptversammlung vom 12. Juni 2015

Anwesend: siehe Anlage

Moderation: Jürgen Dammers

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Rechenschaftsbericht und Kassenbericht
4. Kassenprüfbericht
5. Aussprache zu den Berichten
6. Entlastung des Vorstandes
7. Anträge
8. Haushalt 2015
9. Wahl einer/s Kassenprüferin/s
10. Verschiedenes

Zu 1. Jürgen Dammers begrüßt um 21.30 Uhr die Anwesenden.

Zu 2. Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Zu 3. Die Vorstandsmitglieder Redepenning, Biggemann, Peters-Kühnel und Dammers tragen vor. Zu verschiedenen Punkten erfolgt eine Aussprache.

### Monate Juni bis August 2014

- Mitfinanzierung einer Klage gegen die Fehmarnbelt-Querung (?)
- Vorbereitung Landesdelegierten-Versammlung am 22.06.2014 in Meldorf
- Aufgabe der Geschäftsstelle Flamweg / Suche neuer Räume
- Projekt ökologisches Saatgut
- Auflösung Sonderkonto Westumgehung Pinneberg abgeschlossen
- Konzept Erarbeitung von Eingriffsstellungennahmen
- *BUND*-Grundstücke im Kreis Pinneberg

### Monate September und Oktober 2014

- Projekt Genossenschafts-Planung Meierei Horst
- Projekt SuedLink / Veranstaltung Moorrege am 4. September 2014
- Managementplan Himmelmoor
- Projekt Gronau-Querung Quickborn
- Kündigung Mietvertrag Flamweg zum 31. März 2015
- Begleitung Anhörungsverfahren zur A 20
- Flächenbetreuung Magerrasen und Streuobstwiese Pinneberg (Kündigung Magerrasenfläche zum 31.12.2015)
- Saatgutveranstaltung am 24. 10. 2014 in Elmshorn
- Schriftwechsel mit dem Nachlassverwalter und dem Amtsgericht zum Nachlass an den *BUND* durch Sybille Mahler

### Monate November und Dezember 2014

- Vorbereitung Delegiertenversammlung am 31.11. 2014 in Rendsburg
- Aufräumen der Geschäftsstelle / Umzugsvorbereitungen; neuer Standort Gerberstraße 26 (bei der Brücke Elmshorn); Mietkosten monatlich in Höhe von 120,00 EUR werden von der Stadt Elmshorn übernommen.
- Projekt Moorerlebnispfad Quickborn
- Energiemesse bei Hass & Hatje in Pinneberg
- Jahresplanung 2015
- Mitarbeit Elbmarschenhaus

**Vortrag** von Bernd Biggemann zu folgenden Punkten:

- Widerstand gegen Fracking (Beteiligung der *BUND*-Kreisgruppe an der Bürgerinitiative Fracking-freies Auenland, Gründungsversammlung am 5. Aug. 2014 in Brande-Hörnerkirchen).
- Widerstand gegen TTIP, CETA, TiSA & Co., erstes Treffen des Aktionsbündnisses am 4. Dez. 2014, Aktionstag gegen TTIP am 18. April 2015 in der Elmshorner Fußgängerzone, Veranstaltung am 29. April 2015 zum geplanten Freihandelsabkommen in der Gaststätte „Im Winkel“ in Elmshorn.
- Mahnwache zum 4. Jahrestag des Reaktorunfalls in Fukushima am 11. März 2015 in Elmshorn mit anschließender Diskussionsveranstaltung.
- Elmshorn bewirbt sich als „Fairtrade-Town“, Gründung einer Steuerungsgruppe am 11. März 2015.

**Vortrag** zum Thema „Ökologisches Saatgut“ ( Broschüre und Veranstaltung) durch Dieter Peters-Kühnel.

**Vortrag** von Jürgen Dammers (Quickborn) zu folgenden Punkten:

- Kopfweidenschnitt am 14.2. 2015
- Bienenfreundliche Gemeinde
- Anlage eines Krötenzaunes
- Machbarkeitsstudie zur Gronau-Querung
- Förderverein Himmelmoor, Managementplan ist in Kraft, Frage der Mitgliedschaft des *BUND* muss erörtert werden.

Noch zu 3. Der Kassenbericht wird von Renate Rathmann vorgetragen (siehe Anlage).

- Zu 4. Der Kassenprüfbericht, vorgetragen von Jürgen Weeske, hat im Ergebnis zu keinen Beanstandungen geführt.
- Zu 5. Eine weitere Aussprache findet nicht statt.
- Zu 6. Der Vorstand wird bei 5 Enthaltungen und keiner Gegenstimme von der Mitgliederversammlung entlastet.
- Zu 7. Es gibt keine weiteren Anträge
- Zu 8. Der vorgeschlagen Finanzplan / Haushalt 2015 wird einstimmig genehmigt (siehe Anlage).
- Zu 9. Ursula Erber wird einstimmig zur neuen Kassenprüferin gewählt.
- Zu 10. Jürgen Dammers schlägt vor, dass zukünftig die Rechenschaftsberichte nicht chronologisch sondern projektbezogen vorgetragen werden.

Ende der Versammlung : 22.30 Uhr

Protokoll: Arno Freudenhammer

-----  
**Anmerkung:** Bei der hier abgedruckten Version des Protokolls handelt es sich um eine Abschrift. Das vom Protokollanten unterschriebene Original sowie die genannten Anlagen befinden sich in der Geschäftsstelle.

**Wir haben in der Kreisgruppe über den angemessenen Umfang eines Rundbriefes diskutiert. Die Positionen reichten von „Einen 20 Seiten langen Rundbrief liest doch sowieso niemand“ bis „Jede(r) soll selbst entscheiden können, was und wieviel er/sie liest. Sagen Sie uns unter [bb-bund-pi@gmx.de](mailto:bb-bund-pi@gmx.de) Ihre Meinung.**

**Halten Sie diesen Rundbrief für zu lang?**